

Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union und
der Jungen Europäischen Föderalisten vom 25.03.2023

Europäische Solidarität mit der iranischen Demokratiebewegung

Die Europa-Union erklärt sich solidarisch mit den Frauen im Iran, die gegen ihre Unterdrückung kämpfen. Mit ihrem Eintreten für Grundrechte, Herrschaft des Rechts und eines demokratisch gewählten Parlaments und eine säkulare Republik sind sie Teil derselben Demokratiebewegung, in der wir uns auch selber sehen. Die Entstehung eines modernen und nicht autoritären Iran wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Wir fordern, die Anstrengungen zum Schutz der Menschen im Iran, insbesondere der Aktivistinnen und Aktivisten, vor Folter, Hinrichtung und dem Verschwindenlassen selbst Minderjähriger zu verstärken. Dissidentinnen und Dissidenten werden schon seit über vier Jahrzehnten durch die iranischen Geheimdienste, Botschaften und Handlanger des islamistischen Systems sowohl im Iran als auch im Exil verfolgt. Wir fordern einen europaweiten Abschiebungsstopp von Iranerinnen und Iranern, die nicht hinter dem religiös begründeten Terror der "Islamischen Republik" stehen.

Wir begrüßen, dass das Europäische Parlament sich am 19. Januar 2023 hinter die zentrale Forderung gestellt hat die Revolutionsgarden auf die Terrorliste zu setzen. Die Revolutionsgarden sind verantwortlich für Anschläge in Europa, darunter in Berlin (Mykonos-Attentat), Bonn, Wien, London und Paris. Wir sind verwundert, dass diese historisch bekannten Fakten beim Umgang der europäischen Staaten mit dem Iran offenbar ausgeblendet werden. Auch ist das Kriterium, dass Anschläge auf europäischem Boden aktenkundig sein müssen, bisher nicht relevant für die Einstufung als Terrororganisation gewesen.

Wir verurteilen scharf, dass der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell die Beschlussfassung des Europäischen Parlamentes unmittelbar darauf unterlief. In einem Gespräch mit dem iranischen Außenminister tat er diesen Beschluss als „unverbindlicher Ausdruck der Besorgnis Europas über die aktuelle Menschenrechtslage im Iran“ ab. Zudem knüpft er die Aufnahme in die EU-Terrorliste vorher an eine Entscheidung des Europäischen Rates sowie eine vorherige gerichtliche Feststellung in einem EU-Mitgliedstaat.

Wir fordern die europäischen Staats- und Regierungschefs auf, sich an einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu beteiligen, bei der das Parlament und die Europäische Kommission gleichberechtigt zusammenarbeiten und Europa sowohl Geschlossenheit wie auch klares demokratisches Profil zeigt. Nationale Sonderinteressen aus Frankreich und Deutschland drohen dies zu unterlaufen bzw. machen Europa erpressbar, wenn Bürgerinnen und Bürger einzelner Mitgliedstaaten als Geiseln genommen werden.

Der Umgang mit dem Iran durch einzelne Mitgliedstaaten und damit auch die Politik im Europäischen Rat hat auch die Komponente der Geiselnahme europäischer Bürger, gerade von Menschen mit iranischer und einer europäischen Staatsbürgerschaft. Zwar klagen die betroffenen Staaten wie Frankreich hierüber öffentlich, blockieren so aber auch Maßnahmen gegen den Iran.

Die Revolutionsgarden sind eben auch nicht die – ebenfalls existierende – iranische Armee, sondern an die herrschenden Mullahs und ihre Ideologie gebundene Einheiten mit dem eindeutig politischen Auftrag, gegen jede Opposition vorzugehen. Aufgrund ihrer Macht und Funktion stellen sie eher einen Staat im Staate dar, der über eine starke ökonomische Macht und auch über enorme Vermögen in Europa verfügt.

In Europa sollte Duldung und Zusammenarbeit mit dem Iran und insbesondere Geheimdiensten des Mullah-Regimes gestoppt und aufgearbeitet werden, inklusive der langen Linien der früheren Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst des Schahs bis 1979 (SAVAK). Die iranischen Botschaften waren schon immer Epizentrum der Verfolgung Oppositioneller und unter den Mullahs auch des Terrorismus. Die EU sollte die Rolle der iranischen Botschaften sowie von diesen gesteuerte Organisationen prüfen, aber auch aufklären, welche Verbindungen in die EU-Institutionen bestehen.

Europa sollte nicht weiter Rückzugsort der Schlächter des Mullah-Regimes sein, in dem Todesrichter und Revolutionsgarden ein zweites Leben für sich und ihre Familien aufbauen und immense Gelder für Schläge gegen die demokratische Revolution vorhalten.

Wir fordern aber auch die iranischen Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler sowie Aktivistinnen und Aktivisten auf, ihre Forderungen laut und öffentlich an die europäischen Institutionen zu formulieren, um Straftaten auch in Europa konsequent zur Anzeige zu bringen. Hier können wir als Teil der europäischen Bewegung auch unterstützend wirken.

Wir begrüßen die Patenschaften vieler europäischer Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit politischen Gefangenen im Iran und rufen unsere eigenen Mitglieder dazu auf, ebenfalls solche zu übernehmen bzw. diese zu unterstützen.